



Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord
Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig

An den
Presseverteiler

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL

Volksfreundhaus
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig

Fon: +49 531 – 480 98 27

Fax: +49 531 – 480 98 50

info@christos-pantazis.de

www.christos-pantazis.de

3. Dezember 2020

Krise bei der Deutschen Messe AG in Hannover – Dr. Christos Pantazis: „Betriebsbedingte Kündigungen und Outsourcing-Maßnahmen müssen ausgeschlossen werden“

„Die wirtschaftliche Situation der Deutschen Messe AG in Hannover treibt uns mit großer Sorge um. Nicht nur, dass mit der Messe eine Institution am Wirtschaftsstandort Niedersachsen vor einer ungewissen Zukunft steht, sondern vor allem dramatisch viele Arbeitsplätze auf der Kippe stehen – damit verbunden befinden sich ganze Familien, Schicksale und Menschen vor einer ungewissen Perspektive und fürchten um ihre Existenz“, verdeutlicht Dr. Christos Pantazis, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Auswirkungen der Krise bei der Deutschen Messe AG in Hannover.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag steht klar an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Pantazis betont: „Die Gewerkschaft und der zuständige Betriebsrat haben in der schwierigen Situation ihre Kompromissbereitschaft signalisiert und sich von dem nun vorliegenden Konsolidierungsvorschlag deutlich von ihrem Ausgangspunkt bewegt. Nun sind Vorstand und Anteilseigner gefragt, einen konstruktiven Beitrag zu einer zeitnahen Einigung zu leisten.“

Insolvenzdrohungen, wie jüngst landesseitig geäußert, seien in dieser kritischen Situation kontraproduktiv und müssen umgehend eingestellt werden, so Pantazis. „Betriebsbedingte Kündigungen und Outsourcing-Maßnahmen müssen ausgeschlossen sowie ein Aushebeln von Mitbestimmungsrechten verhindert werden. Stattdessen sollten die Instrumente der Kurzarbeit sowie die Streichung übertariflicher Leistungen Bestandteil des Pakets sein – ein möglicher, unvermeidbarer Personalabbau darf nur sozialverträglich und unter Wahrung der Mitbestimmungsrechte geschehen“, fordert der Wirtschaftspolitiker.

PRESEMITTEILUNG